



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 25.02.2008

AN/0417/2008

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.03.2008

Nutzung städtischer Räumlichkeiten durch Linksextremisten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, die folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen und zu beantworten:

Die Verwaltung stellt für politische Aktivitäten gegen die Bürgerbewegung pro Köln kostenfrei städtische Räumlichkeiten zur Verfügung. Treffen in städtischen Räumen wurden von einer Gruppe, die sich „Schüler gegen rechts“ nennt, auch bereits öffentlich beworben.

Am 22. Februar 2008 haben sich etwa 30 Personen illegal Zutritt zu den Räumlichkeiten der Fraktion pro Köln in der Markmannsgasse 7 verschafft und dort Sachbeschädigungs- und Hausfriedensbruch-Delikte begangen. Nachweisbar ist eine organisatorische Zuordnung eines Teils dieses Täterkreises zu den Gruppen „Antifa Köln“, „Clowns Army“ und „Linksradikales Büchertisch-Projekt Köln“. Die von der Stadt Köln unterstützten „Schüler gegen rechts“ sind in der Vergangenheit jedenfalls zusammen mit der „Antifa Köln“ und mit anderen linksextremistischen Organisationen wie der MLPD und der SDAJ bei öffentlichen Demonstrationen aufgetreten. Das belegen u.a. Fotos von einer gemeinsamen Demonstration dieser Organisationen am 3. März 2007 in der Kölner Innenstadt. Die Fotos weisen insbesondere auch ein gemeinsames Auftreten der „Schüler gegen rechts“ mit der „Antifa Köln“ nach, aus deren Reihen mehrere Personen an den Straftaten zum Nachteil der Fraktion pro Köln am 22. Februar 2008 beteiligt waren.



Foto: gemeinsame Demonstration der „Schüler gegen rechts“ und der „Antifa Köln“ auf dem Roncalliplatz am 3. März 2007.

Dazu ergeben sich die folgenden Fragen:

1. Hat die Stadt Köln auch den Personenzusammenschlüssen „Antifa Köln“, „Clowns Army“, „Linksradikales Büchertisch-Projekt Köln“, MLPD und SDAJ für ihre Aktivitäten Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt oder diese Vereinigungen in anderer Form unterstützt?
2. Welche Kenntnisse hat die Verwaltung über eine Zusammenarbeit der „Schüler gegen rechts“ mit den Gruppen „Antifa Köln“, „Clowns Army“ und „Linksradikales Büchertisch-Projekt Köln“?
3. Kann die Verwaltung ausschließen, daß die „Schüler gegen rechts“ die ihnen kostenfrei überlassenen städtischen Räumlichkeiten auch für Aktivitäten der „Antifa Köln“, der „Clowns Army“ und des „Linksradikalen Büchertisch-Projektes Köln“ nutzbar machen oder nutzbar gemacht haben? Falls ja, in welcher Form wird die tatsächliche Nutzung der den „Schülern gegen rechts“ überlassenen Räumlichkeiten durch die Stadt Köln überprüft?
4. Wie beurteilt die Verwaltung die Aktivitäten der Vereinigungen „Schüler gegen rechts“, „Antifa Köln“, „Clowns Army“, „Linksradikales Büchertisch-Projekt Köln“, MLPD und SDAJ in rechtlicher Hinsicht und unter dem Gesichtspunkt der Förderungswürdigkeit durch die Stadt Köln?

gez. Rouhs